



DER ROTE SPATZ

Informationsblatt des Dessauer SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es ist schrecklich, jeden Tag neue Nachrichten von Trump aus den USA zu hören, der den Klimawandel leugnet, Forschungsgelder streicht und die Menschenrechte und die Demokratie missachtet.

Lange Zeit war es still, doch nun regt sich leise, aber spürbar etwas: Zweifel, Empörung, Erkenntnis und Widerstand bei den Amerikanern. Sie richtete sich gegen Zölle, die die Exporte zerstören, gegen Kürzungspläne bei der Rente, gegen Willkür und eine gefährliche Missachtung von Gerichtsbeschlüssen.

Europa schweigt noch im Angesicht der zunehmend autokratischen Führung der USA. Wie lange wollen wir noch abwarten und zusehen? Es fehlt auch ein gemeinsames Statement von der EU. Es ist zwar richtig, dass Trump und die AfD demokratisch gewählt wurden. Aber die beiden Parteien sind nicht demokratisch in ihrem Denken und Handeln. Darum kann es nur den Weg geben, sie zu entlarven. Demokratie ist keine Einladung zum Missbrauch, sondern zur Verantwortung. Trump will rückgängig machen, was an Fortschritt, Humanität und Vernunft vor ihm mühsam aufgebaut wurde.

Chr. Walther, D. Kutsche, D. Koppe, R. Hartmann, J. Volger und D.-A. Bräsecke

AfD-Verbotsverfahren

Christine Walther

Wie die neusten Umfragen zeigen, hat die CDU weiter an Vertrauen in der Wählerschaft verspielt. Das hängt u.a. zusammen mit einem Antrag zur Migration, der dann mit den Stimmen der AfD durchgebracht werden sollte. Dann ging es um das Schuldenpaket, das im Bundestag noch kurz vor Schluss der Legislatur durchgebracht wurde. Ursprünglich hatte die CDU vor den Wahlen verkündet, dass sie auf keinen Fall Schulden aufnehmen wolle. Nach der Wahl wurde die Sache aber ganz anders gesehen. Nichts nehmen die Wähler mehr übel als ein unglaubliches Agieren in der Politik. Mit seinem Handeln hat Merz die CDU geschwächt, die SPD verärgert und die AfD gestärkt. Es wird ein schweres Regieren für Friedrich Merz werden. Die AfD sitzt ihm schon jetzt im Nacken.

Ein Verbotsantrag der AfD macht Sinn.

In mir reift immer mehr der Gedanke, dass ein Verbotsantrag der AfD Sinn macht. Der Staat ist in einer schwierigen Situation und geschwächt durch das Ampel-Aus. Die Situation wird von den rechten Parteien ausgenutzt, die teilweise als gesichert rechtsextrem oder als Verdachtsfall eingestuft wurden. Am Beispiel der USA kann man sich gerade vorstellen, wie Autokraten vorgehen werden, wenn sie Macht erhalten. Es gibt zahlreiche Gründe die für ein Verbot sprechen. Diese habe ich aus unterschiedlichen Quellen zusammengetragen:

1. Rechtsradikales Denken ist in einer modernen Gesellschaft immer vorhanden (ca. 10% der Bevölkerung).
2. Historische Erinnerung an den Nationalsozialismus lässt nach, dementsprechend auch die Abwehrbereitschaft der wehrhaften Demokratie
3. Hybride Kriegsführung durch Russland seit bald 15 Jahren („Wir werden angegriffen – und merken es nicht“).
4. Technologischer Wandel (Internet, Digitalisierung, KI) und damit verbunden: Abstiegsängste.

5. Strukturwandel der Öffentlichkeit (weitgehend unregulierte „soziale“ Medien).
6. Falsche Strategien der Bürgerlich-Konservativen: Nachplappern und Plausibilisieren statt konsequente Abwehr.
7. Falsche Strategien der progressiven Kräfte: Permanente Selbstkritik und Orientierungslosigkeit statt konsequenter Abwehr.
8. Gemeinsames falsches Verständnis von Ursache und Wirkung und dementsprechend Festhalten am Irrglauben, man könne die AfD mit „guter Politik“ wieder klein kriegen.
9. Programmatische Fehler der „Altparteien“ (z. B. bei den Themen Ungleichheit oder Migration).

In den letzten Umfragen überholt die AfD erstmals die CDU. Ich bin fest überzeugt, die ersten, die bei einer Machtergreifung dieser Partei alles verlieren werden, sind jene, die ihr jetzt zujubeln. Sie werden feststellen, dass es dann nichts mehr zu lachen gibt, weil sie dann nichts mehr haben, keine Freiheit, keine Würde, kein Mitspracherecht. Noch haben wir die Möglichkeit. Demokratie stirbt nicht an ihren Gegnern, sondern an der Müdigkeit ihrer Verteidiger.

SPD-Dialogkonferenz vor Befragung zum Koalitionsvertrag am 14.4.2025

Christine Walther

Lars Klingbeil betonte zu Beginn, dass die CDU-SPD-Koalition die letzte Möglichkeit ist, ein Bündnis demokratischer Parteien herzustellen. Er versprach, dass innerhalb der SPD auf jeden Fall noch eine Aufarbeitung des Bundestagswahlergebnisses bis zum nächsten Bundesparteitag im Juni 2025 erfolgt. Danach trug Saskia Esken die Ergebnisse der Koalitionsgespräche vor und empfahl zum Schluss ihrer Rede die Zustimmung. Anschließend hatten die Teilnehmer der Dialogkonferenz die Möglichkeit zur Diskussion. Es wurden Fragen zu allen Politikbereichen gestellt. Was meines Erachtens fast alles beantwortet wurde. Zur Kritik eines Juso-Mitglieds wegen der Abkehr vom 8 Stunden Tag fehlte mir aber die Antwort.



Interessant und wichtig fand ich die Fragen nach einem AfD Verbotsverfahren und was unternommen werden soll, um die AfD Ergebnisse zu verringern.

Sollte ein Koalitionsvertrag nicht zustande kommen, sind Neuwahlen, eine Minderheitsregierung aber auch eine Annäherung zwischen CDU und AfD wahrscheinlich.

Fast ganz zum Schluss äußerte Manuela Schwesig folgendes, was meiner Meinung nach ganz wichtig war:

- Die Ursachen für das schlechte Wahlergebnis 2021 im Osten wurden nicht ernst genommen und wurde mit der Bemerkung „Der Osten weiß zu wenig über Demokratie“ abgetan.
- Merz wurde nicht im Osten gewählt.
- Weder die CDU noch die SPD waren mehrheitlich gewünscht.

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.spd-dessau-rosslau.de

- Die Menschen sagten, dass kein Geld für uns (Infrastruktur, Schulen, Kita, ...) da wäre. Für Ausländer, Rüstung und Krieg gäbe es genug Geld.
- Im Osten haben viele ältere Menschen nur eine Grundrente. Die Familienpolitik war schlecht, Bildung und Chancengleichheit für alle Kinder waren schwer umzusetzen. Es ist geplant Schwerpunktschulen zu unterstützen.
- Wir haben zu wenig kriminelle Ausländer abgeschoben, dafür wurden aber schon integrierte Menschen wieder zurückgeschickt.
- Wir brauchen Köpfe in der Politik, die beliebt sind.

In der April-Sitzung des SPD-OV Siedlung-Ziebigk-Kühnau hatten wir Besuch vom MDR. Alle dort anwesenden SPD-Mitglieder äußerten ihre Zustimmung zum Koalitionsvertrag. Wir hoffen, dass in den anderen Ortsvereinen ähnliche Auffassungen bestehen.

Magdeburg, d. 4. April 2025

Trumps Zollpolitik

Hövelmann: Wenn Trump Protektionismus predigt, muss Europa Haltung zeigen

Die von den USA geplanten Strafzölle auf alle EU-Importe treffen die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt ins Mark - und erfordern eine klare Antwort Europas. Holger Hövelmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, bringt es auf den Punkt: „**Wenn Trump Protektionismus predigt, muss es eine klare Antwort aus Europa geben. Die hiesige Industrie braucht Verlässlichkeit – keine Zitterpartie auf Zuruf aus Washington.**“

Die USA gehören mit einem Exportvolumen von knapp 900 Millionen Euro im Jahr 2024 zu den wichtigsten Handelspartnern Sachsens-Anhalts. Die angekündigten US-Zölle von 20 Prozent auf alle europäischen Produkte könnten für viele Unternehmen im Land dramatische Folgen haben. Besonders betroffen: das Chemiedreieck um Leuna, Schkopau und Bitterfeld, Maschinenbauer mit starken Geschäftsbeziehungen in die USA sowie Automobilzulieferer, die in ganz Sachsen-Anhalt ansässig sind. Auch die stark exportorientierte Ernährungswirtschaft blickt mit wachsender Sorge über den Atlantik.

„Hier geht es nicht um abstrakte Handelsbilanzen - hier geht es um Arbeitsplätze, Investitionsentscheidungen und Vertrauen in den Wirtschaftsstandort“, warnt Hövelmann. Die angekündigten US-Maßnahmen seien ein klarer Angriff auf den freien Handel und müssten von der EU auch als solcher beantwortet werden.

Neben einer klaren Reaktion fordert Hövelmann, strategische Lehren zu ziehen: „Wir dürfen uns nicht länger von einem einzelnen Markt abhängig machen. Europa braucht stärkere Wertschöpfungsketten, faire Binnenmarktbedingungen – und wieder ernsthafte Gespräche über strategische Freihandelsabkommen.“

Pressemitteilung

Erster Mai in Dessau

Der DGB lädt alle Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften und Parteien zur Maifeier ein. Auch der SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau wird mit einem Infostand ab 11 Uhr auf dem Marktplatz vertreten sein.

MACH DICH STARK MIT UNS

1. Mai 2025

DGB

Maikundgebung
Dessau - Marktplatz
Sebastian Fritz
IG Metall Halle-Dessau

Begrüßung und Grußworte
 Holger Hövelmann - MdL Sachsen-Anhalt
 Frank Hoffmann - die Linke
 Eter Hachmann - Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren
 Moderation: Wieland Kämpfe - ver.di Sachsen-Anhalt Süd

Kundgebung
 11:00 Uhr - 14:00 Uhr

Kindertanzgruppe Sunshine
Elbeeulen Kids
Livemusik
Offroad - Halle (Saale)
Demokratiefest
 Essen und Getränke, Informationslandschaft mit Gewerkschaften, Vereinen,
 Verbänden & Organisationen, Kinderspaß mit Zirkus Raxli Faxli

DGB **EVG** **GEW** **IG BCE** **NGG** **ver di**

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.spd-dessau-rosslau.de

Weitere SPD-Termine im Mai 2023

Mittwoch, 01.05.2024, ab 13 Uhr
Die SPD-Wörlitz lädt ein!



Einladung zum Frühjahresempfang des SPD-Landesverbands in Sachsen-Anhalt
„Demokratie kennt keinen Schaukelstuhl. Solange der Kopf klar ist, ist man mitverantwortlich“

Dienstag, 6. Mai 2025,
Einlass ab 17:00 Uhr,
Festung Mark, Hohefortewall 1,
39104 Magdeburg

Sa., 17.05.2025, 12 -22 Uhr, Marktplatz

Christopher Street Day (CSD) in Dessau
Die Jusos werden einen Infostand abhalten.





Den Geburtstagskindern im Mai herzlichen Glückwunsch!

Georg Köhler, Christian Meybohm, Gerald Schmidt, Gabriele Perl, Simone Kunze und Cordula Beige



Impressum

DER ROTE SPATZ wird an alle Mitglieder SPD-Ortsvereine Dessau-Roßlau versendet. Darüber hinaus steht das Blatt auf der Seite <https://www.spd-dessau-rosslau.de/> zum Download bereit.

Herausgeber ist der SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau.

Postadresse: Hans-Heinen-Str. 40, 06844 Dessau-Roßlau.

Redaktion: Robert Hartmann, Daniel André Bräsecke, Daniela Koppe, Joachim Volger, Christine Walther, Daniel Kutsche
Einsendungen bitte an: cut.walther@hotmail.de
Redaktionsschluss ist jeder 20. des Monats.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht zu Kürzungen vor.

Im Übrigen geben die Artikel in erster Linie die Meinung der Autoren, nicht aber in jedem Fall die der Redaktion wieder.

Termine

Frühlingsempfang des SPD-Landesverbands,
Di., 06.05.2025, 17 Uhr, Magdeburg

SPD-OV-Sitzung Süd,
Do., 15.05.2025, 18 Uhr, „Jägerklause“

SPD-OV-Sitzung Siedlung-Ziebigk-Kühnau,
Di., 20.05.2025, 18 Uhr, AWO

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf www.spd-dessau-rosslau.de